



# Gesundheit ist keine Ware

Wir brauchen eine zukunftsfähige, solidarische, qualitativ bessere und am Gemeinwohl orientierte Gesundheitsversorgung

Von Günter Roggenkamp

Die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Finanz-Kommission Gesundheit (FKG) hat Ende März 2026 ihren 484-seitigen Bericht vorgelegt, nachdem seit Monaten über deren Vorschläge spekuliert wurde. Vorrangiges Ziel ist die Begrenzung der **Ausgaben** im Gesundheitswesen. Die Kosten drohen aus dem Ruder zu laufen und die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) weiter zu steigen. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, könnten die **Zusatzbeiträge** bis zum Jahr 2030 auf bis auf 4,7% steigen.

Die FKG hat **66 Vorschläge** unterbreitet, die eine lebhafte politische Diskussion um eine Krankenversicherungsreform ausgelöst haben. Die Interessen- und Lobbyverbände haben sich bereits in Stellung gebracht. Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und die Pharmaindustrie lehnen diese Pläne ab.

Die Bundesrepublik ist das Land mit den höchsten Gesundheitsausgaben in der Europäischen Union und weltweit nach den USA. Jährlich werden derzeit rund 540 Mrd. Euro für die Gesundheit ausgegeben. Doch die Ergebnisse sind mager. Wir sind Ausgaben-Europameister, aber bei der Lebenserwartung stehen wir auf einem

Abstiegsplatz in Europa. Mit 81,1 Jahren liegen wir hinter Spanien (84,0 Jahre) und Italien (83,8 Jahre).

## Finanzierung steht im Vordergrund

Die Reformdiskussion um die GKV dreht sich derzeit – wieder einmal – nur um die finanzielle Tragfähigkeit des Systems. Die **Deckungslücke** steigt nach Berechnungen der FKG in den nächsten Jahren dynamisch an: auf 21,5 Mrd. Euro in 2028, auf 31,9 Mrd. Euro in 2029 und auf 40,4 Mrd. Euro in 2030.

Daraus ergeben sich für ein durchschnittliches Mitglied in der GKV durch steigende Beiträge, **Mehrbelastungen** in Höhe von 260 Euro im Jahr 2027, entsprechend 2028 von 360 Euro, 2029 von 540 Euro und 2030 von 680 Euro, die jeweils zur Hälfte durch die Versicherten und die Arbeitgeber zu finanzieren wären. Hiervon sind anteilig auch die Senioren betroffen.

Einige der Vorschläge sind begrüßenswert, denn sie ermöglichen sowohl zu einer verbesserten Gesundheit beizutragen und zugleich Ausgaben der Krankenversicherungen zu verringern. Hierzu gehören auch Überlegungen zur Reduzierung des **Zucker- und Tabakkonsums**. Ebenfalls als positiv ist der Vorschlag

anzusehen, die **Pharma-Industrie** in Bezug auf Patent gestützte Arzneimittel mit höheren Abschlägen zu belegen und so **Arzneimittelkosten** weiter zu begrenzen

### **Einsparvolumen.**

Die FKG hat das **Finanzvolumen** der von ihr empfohlenen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 42,3 Mrd. Euro für das Jahr 2027, beziehungsweise 63,9 Mrd. Euro für das Jahr 2030, beziffert. Allerdings ist politisch umstritten, ob die durch die FKG angesprochenen Einsparungen z.B. bei den **Bürgergeldbeziehenden** in Höhe von 12 Mrd. Euro jährlich realisierbar sind, Diese sollen zukünftig durch den Bund, also aus Steuermitteln, finanziert werden. Insofern liegen zwar die Vorschläge auf dem Tisch, aber die Bundesregierung muss entscheiden, welche davon umgesetzt werden sollen. Dies betrifft auch die Streichung der **beitragsfreien Mitversicherung** der Ehegatten in Höhe von 3,5 Mrd. Euro.

### **Kritik an den Vorschlägen**

Einige Vorschläge der Kommission zielen darauf ab, die Kosten einseitig den Versicherten aufzubürden und die **paritätische** Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten weiter auszuhebeln, z.B.

- durch höhere Zuzahlungen,
- die Absenkung des Krankengeldes,
- die Teilkrankschreibung
- die Streichung der beitragsfreien Mitversicherung der Ehegatten
- die Rücknahme der Erhöhung der Festzuschüsse für Zahnersatz und
- die Streichung der vollständigen Tariffinanzierung des Pflegepersonals.

An der Trennung von **privater** und gesetzlicher Krankenversicherung (also der Zwei-Klassen-Medizin) wird nicht gerüttelt, so bleiben die Privilegien dieser Gruppe erhalten.

### **Alternativen die nicht genannt wurden**

Die Senkung der **Mehrwertsteuer** auf Arzneimittel könnte die Krankenversicherung um acht Milliarden Euro entlasten, auf der Einnahmeseite würde die Anhebung der **Beitragsbemessungsgrenzen** mehr Geld in die Kassen spülen. Um die Kranken-, aber auch die Pflegeversicherung dauerhaft auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen, müssen perspektivisch alle Einkommensarten einbezogen werden, inklusive Kapitalerträge und **Mietinkünfte**.

### **Gesundheit in den Vordergrund stellen**

Unglücklicherweise blieb sich im Herbst 2025 die Bundesregierung mit der Beauftragung der Kommission ihrer üblichen **Denkweise** treu, die notwendige Reform der Krankenversicherung von den **Finanzen** her zu denken. Wichtig wäre es doch, der Frage nachzugehen, was es braucht, um die gesundheitliche Situation der Menschen zu verbessern, die Qualität zu erhöhen und Über-, Unter- und Fehlversorgung zu vermeiden. Erst hieraus würden sich ja die finanziellen Erfordernisse ableiten.

Dies soll die FKG in einem weiteren Schritt bis Dezember 2026 klären, indem sie einen **zweiten Bericht** vorlegt, in dem mittel- und langfristig wirksame **Strukturen** für die GKV aufgezeigt werden, die einen zeitlich längeren Vorlauf in der Erarbeitung und Umsetzung benötigen.

Wir brauchen eine zukunftsfähige, solidarische, qualitativ bessere und am Gemeinwohl orientierte Gesundheitsversorgung. Das Gesundheitssystem darf sich nicht weiter zur Gesundheitswirtschaft entwickeln, in dem Finanzinvestoren lukrative Geschäfte wittern und in dem Private-Equity-Firmen Arztpraxen aufkaufen und Gewinne an die Investoren weitergeben, anstatt diese in Gesundheit zu reinvestieren. **Gesundheit ist keine Ware!**